



Bürgerinitiative Bochum gegen die DüBoDo

Mitglied der NRW Landesarbeitsgemeinschaft Bürgerinitiativen gegen A 44 / DüBoDo

Bürgerinitiative Bochum gegen die DüBoDo

Sprecher: Wolfgang Czapracki-Mohnhaupt

Schadowstraße 12

44801 Bochum

☎ (0234) 38 32 95

✉ cz-m.bo@web.de

Eckhard Stratmann-Mertens

Am Erenkamp 21

44801 Bochum

☎ (0234) 38 74 70

✉ Stratmann-Mertens@gmx.de

Pressemitteilung vom 24.10.2011

Für die Bürgerinitiative Bochum gegen die DüBoDo erklären Wolfgang Czapracki-Mohnhaupt und Eckhard Stratmann-Mertens als Sprecher:

Neuausrichtung der Bürgerinitiative und Abschied der langjährigen Sprecher: Mehr als fünfzehn Jahre Widerstand gegen die DüBoDo: nicht erfolgreich, aber wirkungsvoll

Mit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts im Juni 2010, die Klagen von Mitgliedern der Bürgerinitiative gegen den Bau der A 44/DüBoDo zurück zu weisen, ist eine neue Phase im mehr als 15-jährigen DüBoDo-Widerstand gegen die sog. „Bochumer Lösung“ eingeleitet worden.

Die bisherige Initiativenarbeit war durch politische Auseinandersetzungen, Beteiligung in den Planfeststellungsverfahren und Klagen bis zum Bundesverwaltungsgericht geprägt. In der neuen Phase geht es nun insbesondere um die Wahrung der Interessen der unmittelbar betroffenen AnwohnerInnen/ KlägerInnen, wenn die bestandskräftigen Planfeststellungsbeschlüsse trotz leerer Kassen umgesetzt werden sollen.

Im Dezember 1995 ist Wolfgang Clement als damaliger Verkehrsminister NRW mit seinem Plan für die sog. „Bochumer Lösung“ aus der rot-grünen Koalitionsvereinbarung – „kein Ausbau der A 44“ – ausgeschrieben und hat damit den DüBoDo-Widerstand im Bochumer Süden wieder belebt; durch ihn wurde in der Folgezeit dann auch der Widerstand gegen den A 40-Ausbau in Wattenscheid und den Bau des Westkreuzes verstärkt.

Die Phasen des DüBoDo-Widerstands in Bochum:

Phase I: 1995-2001 – politische Aktionen

Die erste Phase des DüBoDo-Widerstandes war bestimmt durch politische Auseinandersetzungen mit und in der rot-grünen Koalition in Düsseldorf. Auf einer grünen Landesdelegiertenkonferenz 1996 in Hamm verabschiedeten sich auch die Landes-Grünen von dem in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebenen DüBoDo-Widerstand. Fortan wurde die sog. „Bochumer Lösung“ als rot-grünes Verkehrsprojekt voran getrieben.

Im Jahre 1997 hatte sich die Bürgerinitiative mit zahlreichen anderen Initiativen und Umweltverbänden in NRW gegen den Bau bzw. Ausbau von Autobahnen und Flughäfen zu einem „Aktionsbündnis

VerkehrswENDE“ vernetzt und einen Kongress durchgeführt.

„Verkehrs-Anklage“ in Essen (Juni 1997)

Vor Ort hat der Widerstand mit dazu beigetragen, dass die SPD ihre absolute Mehrheit im Bochumer Rathaus bei den Kommunalwahlen 1999 verlor. In der dann auf Kommunalebene in Bochum geschlossenen ersten rot-grünen Koalition „verpuffte“ der grüne DüBoDo-Widerstand in einem in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebenen Dissens zur Frage der sog. „Bochumer Lösung“.

Phase II: 2001-2007 – Interventionen in den Planfeststellungsverfahren

Die zweite Phase des DüBoDo-Widerstandes bestand in der Auseinandersetzung mit der konkreten Planung der Autobahnmaßnahmen zur sog. Bochumer Lösung (Planfeststellungsverfahren). Der Widerstand gegen die Pläne zum Ausbau der A 40 in Wattenscheid, zum Bau des Westkreuzes, des Weiterbaus der DüBoDo und der Umwidmung des Außenrings zur Autobahn zog sich über Jahre. Allein die Erörterung der Planunterlagen zur A 44/DüBoDo nahm 26 Tage (Juli, Sept., Nov. 2004) in Anspruch.

In zähen Auseinandersetzungen mit dem für die Planung zuständigen Landesstraßenbauamt und der als Anhörungsbehörde tätigen Bezirksregierung Arnsberg konnten zwar zahlreiche Änderungen und Ergänzungen der Planentwürfe erreicht werden. Die gesetzlich vorgesehene Bürgerbeteiligung erwies sich aber als nicht ausreichend, um die Planungen zu stoppen. Eine ergebnisoffene Erörterung war nicht vorgesehen. Eine enge Zusammenarbeit von angeblich unabhängigen Sachverständigen und Planern verhinderte eine Erörterung auf Augenhöhe.

Phase III: 2007-2010 – Aufwändige Klageverfahren

Mit dem Erlass der Planfeststellungsbeschlüsse zu den einzelnen Maßnahmen der sog. „Bochumer Lösung“ ging der DüBoDo-Widerstand in die dritte Phase der gerichtlichen Auseinandersetzung.

Aber auch durch Klagen vor dem OVG Münster (gegen den Ausbau der A 40/Wattenscheid) und dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig (gegen den Bau der DüBoDo) konnte die sog. „Bochumer Lösung“ nicht gestoppt werden. Die von der Bürgerinitiative erwartete Erweiterung des Schutzes gegen die Belastungen durch Lärm und Schadstoffe (insb. Feinstaub) und die beantragte Überprüfung von Gutachten (zu den Verkehrsprognosen und zur Feinstaubbelastung) und der Planung ist nicht erfolgt.

In dem Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht konnten zwar noch weitere Änderungen der Planung erreicht werden. Statt die Überprüfbarkeit und Transparenz von Planung und Gutachten zu erweitern, hat das Bundesverwaltungsgericht das den Planern eingeräumte Planungsermessen erweitert. In der Frage der Überprüfbarkeit von Planentscheidungen rücken Rechtsprechung und Verwaltung damit enger zusammen. Die Kontrolle der Verwaltung wird eingeschränkt.

Der Widerstand hat sich gelohnt:

Obwohl die Schaffung von Baurecht für die einzelnen Bausteine der „Bochumer Lösung“ nicht verhindert werden konnte, hat sich der mehr als 15-jährige DüBoDo-Widerstand aus Sicht der Bürgerinitiative dennoch gelohnt:

- Der DüBoDo-Weiterbau und die Umsetzung der weiteren Bausteine der sog. „Bochumer Lösung“ sind nun über 15 Jahre verhindert worden; nach Minister Clement sollte die DüBoDo seit dem Jahre 2000 unter Verkehr sein.
- Der Widerstand hat bis zuletzt zu zahlreichen Änderungen und Ergänzungen der Planung selbst geführt.
- Angesichts leerer Kassen und der sich stets verschärfenden Staatschuldenkrise erscheint der DüBoDo-Weiterbau trotz bestehenden Baurechts auch zurzeit mehr als ungewiss.

- Jahrelange Diskussionen um Verkehrspolitik, Schadstoffbelastung und Bürgerbeteiligung haben zu einer weiteren Sensibilisierung in der Bevölkerung, aber auch in Politik und Verwaltung geführt.
- Die nicht erst seit Stuttgart 21 formulierte Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung lässt hoffen, dass spätere Initiativen einmal die Früchte eines mehr als 15-jährigen DüBoDo-Widerstandes werden ernten können.

Phase IV: 2011- ? – Ausführungsplanung und Bau der DüBoDo

In der neuen Phase geht es nun insbesondere um die Wahrung der Interessen der unmittelbar betroffenen AnwohnerInnen/KlägerInnen, wenn die bestandskräftigen Planfeststellungsbeschlüsse trotz leerer Kassen umgesetzt werden. Die Bürgerinitiative wird daher ihren Widerstand gegen den Bau der DüBoDo als auch gegen eine unzumutbare Baudurchführung fortsetzen in Form einer erweiterten Klärgemeinschaft.

Der Übergang zu dieser neuen Phase der Initiativenarbeit wird durch einen Wechsel der Initiativensprecher begleitet: Wolfgang Czapracki-Mohnhaupt und Eckhard Stratmann-Mertens haben diese Funktion seit Beginn der BI ausgeübt. Mit einem gewissen Stolz blicken wir auf die geleistete Arbeit zurück, auch mit Dankbarkeit, in und mit der BI soviel an Solidarität und umweltbewusstem Engagement erlebt zu haben.

Die neuen Sprecher der BI sind: - Martin Lensing (Tel.: 380644)
- Ulrich Sollmann (Tel.: 383828)

Die Webseite der BI www.stopp-duebodo.de wird weiter über geplante Aktionen der BI und Hintergrundinformationen Auskunft geben.